

# Bescheid

Die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) hat durch Senat I, bestehend aus dem Vorsitzenden Mag. Michael Ogris als Senatsvorsitzenden sowie den weiteren Mitgliedern Dr. Susanne Lackner und Mag. Michael Truppe, im Verfahren betreffend die Vergütung der Mitglieder der Prüfungskommission wie folgt entschieden:

## I. Spruch

Gemäß § 40 Abs. 2 Satz 7 bis 9 ORF G, BGBl. Nr. 379/1984 idF BGBl. I Nr. 55/2014, wird dem Österreichischen Rundfunk der Vergütungsbedarf der Prüfungskommission für die im Zeitraum von Juli bis November 2014 erbrachten Leistungen im Bereich der Gebarungskontrolle 2013 gemäß § 40 Abs. 3 ORF-G in der Höhe von netto EUR XXX, zuzüglich 20 % Umsatzsteuer (USt), somit **brutto EUR XXX** vorgeschrieben und diesem aufgetragen, diesen Betrag binnen zwei Wochen auf das Konto der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH), bei der UniCredit Bank Austria AG, IBAN: AT45 1200 0006 9617 0109, BIC: BKAUATWW, zu überweisen

## II. Begründung

### 1. Gang des Verfahrens

Mit Schreiben vom 11.12.2014 übermittelte die gemäß § 40 ORF-G bestellte Prüfungskommission, bestehend aus den Mitgliedern BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft und Grant Thornton Unitreu GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) per Adresse ihrer Geschäftsstelle RTR-GmbH Honorarnoten über die im Zeitraum von Juli bis November 2014 nach dem ORF-G erbrachten Leistungen im Bereich der Gebarungsprüfung und den daraus entstandenen Vergütungsanspruch.

Mit Schreiben vom 16.12.2014 wurden dem Österreichischen Rundfunk (ORF) die Honorarnoten zur allfälligen Stellungnahme binnen zwei Wochen übermittelt. Der ORF gab keine Stellungnahme ab.

Am 15.01.2015 entrichtete die RTR-GmbH im Auftrag der KommAustria den in Rechnung gestellten Vergütungsbedarf an die Mitglieder der Prüfungskommission und übermittelte hierüber am selben Tag den Nachweis.

## **2. Sachverhalt**

### **2.1. Bestellung der Prüfungskommission und Leistungsvertrag**

Mit Zuschlagserteilung gemäß § 134 Bundesvergabegesetz 2006 (BVergG 2006), BGBl. I Nr. 193/2006 idF BGBl. I Nr. 15/2010, vom 08.03.2011, KOA 10.500/11-050, wurden die BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft und die Grant Thornton Unitreu GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft gemäß § 40 Abs. 1 und 2 ORF-G für die Dauer von fünf Geschäftsjahren zu Mitgliedern der Prüfungskommission des ORF bestellt.

Der zwischen KommAustria und Prüfungskommission abgeschlossene Leistungsvertrag vom 08.03.2011 umfasst – soweit für das vorliegende Verfahren relevant – nach Maßgabe des ORF-G u.a. folgende Standardleistung:

- Position 3 („Gebarungskontrolle“): Prüfung der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Führung der Geschäfte sowie auf die Übereinstimmung der Rechnungsführung und der Führung der Geschäfte mit den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere mit § 8a, § 31c und §§ 39 bis 39b ORF-G, umfassend den ORF und dessen Tochtergesellschaften bzw. verbundene Unternehmen, die Tätigkeiten wahrnehmen, die im öffentlich-rechtlichen Auftrag liegen (§ 40 Abs. 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 3 ORF-G);

Hinsichtlich des Entgelts wurde im Leistungsvertrag folgender Pauschalpreis vereinbart:

- Position 3 („Gebarungskontrolle“) EUR XXX

Ein Pauschalpreis ist dem Vertrag folgend ein Preis, dessen Höhe unabhängig vom tatsächlichen Aufwand des Auftragnehmers ist. Sämtliche Pauschalpreise beziehen sich auf sämtliche Leistungen der jeweiligen Standardleistungsposition für jeweils ein vollständiges Geschäftsjahr des ORF bzw. der zu prüfenden Gesellschaft(en). Sämtliche Pauschalpreise enthalten alle Nebenleistungen, die zu ihrer vollständigen und ordnungsgemäßen Erbringung erforderlich sind, insbesondere (aber nicht ausschließlich) das gesamte Prüfprozedere gemäß § 40 Abs. 3 bis 6 ORF-G, die Teilnahme an Sitzungen des Stiftungsrates gemäß § 20 Abs. 8 ORF-G sowie sämtliche gesetzlich oder vertraglich erforderlichen Berichte und Dokumentationen, sowie Vorbereitungs- und Hilfsleistungen des sonstigen Personals und von Gehilfen, Gebühren und Abgaben, Reisekosten (mit Ausnahme von notwendigen und angemessenen Reisekosten ins Ausland nach vorheriger Freigabe durch den Auftraggeber), Wegzeiten und Büromaterial.

In Punkt 5.4. des Leistungsvertrags wurde eine Preisgleitungsklausel vereinbart, der zufolge sämtliche Preise für die Dauer eines Jahres nach Ende der Angebotsfrist als Festpreise vereinbart galten. Für die Zeit nach Ende der Festpreisperiode wurde eine Preis Anpassung dahingehend festgelegt, dass Schwankungen der Indexzahl (Verbraucherpreisindex 2005 bzw. der von Amts wegen an seine Stelle tretende Index) im Ausmaß von 5 % nach oben oder unten unberücksichtigt bleiben sollten, während bei Überschreiten dieser Schwankungsbreite nach oben oder unten eine Neuberechnung der Preise zu erfolgen hat. Hierbei bildet die erste außerhalb des jeweils geltenden Spielraumes gelegene Indexzahl die Grundlage sowohl für die Neufestsetzung der Beträge als auch zur Berechnung des neuen Spielraums.

Die Festpreisperiode endete am 07.02.2012, wobei die maßgebliche Indexzahl des Verbraucherpreisindex 2005 vom März 2011 bei 112,7 lag. Unter Zugrundelegung einer prognostizierten Überschreitung des Schwellenwertes des Leistungsvertrags im Juni 2013 erfolgte am 28.02.2013 eine Anpassung des Leistungsvertrags dahingehend, dass die Festpreise für die Standardleistungspositionen um 5 % erhöht wurden.

Für die Standardleistung „Gebarungskontrolle“ wurde daher nach Maßgabe des geänderten Leistungsvertrags vom 28.02.2013 folgender Pauschalpreis festgelegt:

- Position 3 („Gebarungskontrolle“) EUR XXX (zzgl. USt)

Hinsichtlich der Abrechnung ist nach dem Vertrag vereinbart, dass die Rechnungslegung für die Standardleistungen nach vollständiger Erbringung aller zur jeweiligen Pauschalposition gehörenden Leistungen je Geschäftsjahr erfolgt. Die Zahlungsfrist beträgt sechs Wochen ohne Skonto nach ordnungsgemäßer Rechnungslegung.

## **2.2. Leistungen der Prüfungskommission 2014**

Die Prüfungskommission hat im Zeitraum von Juli bis November 2014 die Leistung der Gebarungskontrolle für das Jahr 2013 in den folgenden zehn Prüffeldern erbracht:

- Internes Kontrollsystem Einkauf: Darstellung der Anforderungen im neuen Einkaufsprozess; Evaluierung des Designs der Kontrollen sowie Prüfung der Effektivität der Kontrollen; stichprobenweise Überprüfung der implementierten Kontrollen; Evaluierung des neuen IKS hinsichtlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit.
- Radio Ö3 – „off Air“ Aktivitäten: Darstellung der Prozesse bei der Auswahl und Durchführung von „off Air“ Veranstaltungen und Kooperationen (Schwerpunkt auf Konzertkooperationen) unter dem Aspekt des marktkonformen Verhaltens sowie der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit.
- Internes Kontrollsystem Landesstudios: Darstellung der Anforderungen an den Einkaufs- und Personalprozess; Identifikation der Risiken; IKS Einkauf wie bei Thema 1; IKS Personal: Berechtigungskonzept und Stammdatenpflege; Eintritt/Austritt; Zeiterfassung; Personalabrechnung; Evaluierung des Designs der Kontrollen sowie Prüfung der Effektivität der Kontrollen; stichprobenweise Überprüfung der implementierten Kontrollen; Evaluierung der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit.
- Verrechnungen bei Tausch- und Gegengeschäften insbesondere iZm Werbung und kommerzieller Kommunikation: Überprüfung der Aufbau- und Ablauforganisation beim Abschluss von kommerziellen Gegen- bzw. Tauschgeschäften sowie Überprüfung dieser Abläufe und Verträge anhand der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit; Darstellung der implementierten Prozesse; Übersicht über diese Leistungsarten; Beurteilung der Angemessenheit der Gegenleistung (Printmedien, Gewährung von Rabatten, Product Placement, Gewinnspiele).
- Personalbereich – Zulagen und Prämien: Dokumentation und Kontrolle der vertraglichen Grundlagen (z.B. Kollektivvertrag; Freie Betriebsvereinbarung etc.) für persönlich bedingte Zulagen, verwendungsbedingte Zulagen sowie fallweise Sonderzahlungen; Überprüfung des Anspruchs von Mitarbeitern auf Sonderzahlungen, unter Einhaltung der entsprechenden Regelungen und Beurteilung dieser Zahlungen an Mitarbeiter im Hinblick auf die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit; Überprüfung der Berechnung dieser Zulagen anhand von ausgewählten Stichproben.
- Follow up Trennungsrechnung: Trennung der kommerziellen Tätigkeiten von jenen des öffentlich-rechtlichen Auftrages in rechnerischer und organisatorischer Hinsicht gemäß § 8a ORF-G; Leistungsverrechnung ORS Comm GmbH & Co KG und simpli services

- GmbH & Co KG, Gewinnaufschläge etc.; Überprüfung von Maßnahmen im Gefolge der Empfehlungen im Gebarungsprüfungsbericht 2011.
- Großveranstaltung – Weltmeisterschaft Schladming 2013: Ausgehend von der Produktionsplanung und den dafür budgetierten Mitteln wurden der Ablauf im Bereich des Ressourceneinkaufs, das laufende Projektcontrolling (Soll/Ist Vergleich), die tatsächlich abgerechneten Projektkosten und ein damit allfällig erzielter Erlös im Hinblick auf die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit untersucht.
  - Kooperation mit anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkunternehmen: Prüfung der Zusammenarbeit mit anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkunternehmen, vor allem ARTE, 3Sat und Bayern Alpha. Vertragliche Grundlagen, Abrechnungsmodalitäten und Berechnungen.
  - Auslandskorrespondenz Brüssel: Querschnittsbetrachtung der Auslandskorrespondenz Brüssel; Beurteilung des Personaleinsatzes und der Kompetenzzuteilung für die Auslandskorrespondenz, Begutachtung der internen Regelungen und Verrechnungen unter dem Aspekt der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit.
  - Eigenwerbung und Eigenmarketing: Prüfung der Planung, Durchführung und Leistungsverrechnung für Eigenwerbung und -marketing sowohl (Konzern-) intern als auch extern (z.B. Bewerbung Ö3-Veranstaltungen im ORF-Fernsehen, Cross Promotion, Sendezeiten, Imagekampagnen, Anzeigen, Printmedien); Prüfung der vertraglichen Grundlagen, der Ausgestaltung der Leistungsbeziehungen und deren Abgeltung.

Die Prüfungskommission hat einen entsprechenden Prüfbericht an die Organe des ORF und die KommAustria übermittelt. Seitens der Prüfungskommission wurden für die Erbringung dieser Leistung von den Schlüsselpersonen und sonstigen Mitarbeitern zumindest die im Leistungsvertrag vom 08.03.2011 in Tabelle 3 der Anlage .1 angegebenen Stunden aufgewendet. Soweit die BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Reisekosten in Höhe von netto EUR XXX zuzüglich Ust in Höhe von 20% zusätzlich in Rechnung gestellt hat, wurden diese im Vorfeld mit der KommAustria abgesprochen und können als notwendig und angemessen in Zusammenhang mit der Überprüfung des Auslandskorrespondentenbüros in Brüssel qualifiziert werden. Die Standardleistungsposition 3 (Gebarungsprüfung) für das Geschäftsjahr 2013 ist damit abgeschlossen.

### **2.3. Entrichtung des Vergütungsbedarfs**

Im Auftrag der KommAustria entrichtete die RTR-GmbH am 15.01.2015 den Vergütungsbedarf von netto EUR XXX, zuzüglich 20 % Umsatzsteuer (USt) in Höhe von EUR XXX, somit insgesamt brutto EUR XXX in zwei Teilbeträgen zu einerseits brutto EUR XXX durch Überweisung an die Grant Thornton Unitreu GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft und andererseits zu brutto EUR XXX (inklusive erforderlicher Reisekosten zur Durchführung der Prüfung des Auslandskorrespondentenbüros in Brüssel in Höhe von netto EUR XXX, zuzüglich 20% Ust, sohin brutto EUR XXX) durch Überweisung an die BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft als Mitglieder der Prüfungskommission.

### **3. Beweiswürdigung**

Die Feststellungen zur Bestellung und zum Leistungsvertrag der Prüfungskommission ergeben sich aus den zitierten Verwaltungsakten der KommAustria, dem Leistungsvertrag vom 08.03.2011 sowie der im Hinblick auf die Erhöhung der Pauschalpreise erfolgten Anpassung des Leistungsvertrags vom 28.02.2013.

Die Feststellungen zu den Leistungen der Prüfungskommission im Zeitraum von Juli bis November 2014 ergeben sich aus dem der KommAustria am 23.01.2015 vorgelegten

Prüfbericht, der hierzu seitens des Stiftungsrates an die KommAustria übermittelten Stellungnahme vom 24.12.2014, KOA 10.401/15-002, sowie der diesbezüglich vorgelegten Honorarnote samt Leistungsverzeichnis vom 11.12.2014.

Darüber hinaus sind die Unterlagen allesamt nachvollziehbar und schlüssig. Auch seitens des ORF wurde die Richtigkeit der Honorarnoten bzw. des Leistungsverzeichnisses nicht bestritten.

Die Feststellungen zur Entrichtung des Vergütungsbedarfs durch die RTR-GmbH ergeben sich aus den vorgelegten Telebanking-Belegen vom 15.01.2015.

#### **4. Rechtliche Beurteilung**

§ 40 ORF-G lautet:

##### ***„Prüfungskommission und Jahresprüfung***

*§ 40. (1) Der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind – unbeschadet der Kontrolle durch den Rechnungshof – durch eine Prüfungskommission bestehend aus mindestens zwei Mitgliedern zu prüfen, welche die Prüfung gemeinsam durchzuführen und hierüber einen gemeinsamen Bericht zu erstatten haben. Falls die Mitglieder der Prüfungskommission zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, ist dies im Prüfungsbericht gesondert festzuhalten.*

*(2) Die Mitglieder der Prüfungskommission sind von der Regulierungsbehörde für die Dauer von fünf Geschäftsjahren zu bestellen. Zum Mitglied der Prüfungskommission dürfen nur Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bestellt werden. Bei der Auswahl der Mitglieder der Prüfungskommission ist darauf zu achten, dass der Wirtschaftsprüfer oder die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Strukturen aufweist, die für eine effiziente Prüfung von Unternehmen und Konzernen mit ähnlichen Umsatzvolumina erforderlich sind, und über Erfahrung in der Prüfung solcher Unternehmen und Konzerne verfügt. Für die Auswahl der Mitglieder der Prüfungskommission gilt im Übrigen § 271 UGB sinngemäß, jedoch mit der Maßgabe, dass die Ausschlussgründe weder in der laufenden noch in der vorangegangenen Finanzierungsperiode vorgelegen sein dürfen. Die Mitglieder dürfen der Prüfungskommission nicht in zwei aufeinanderfolgenden Funktionsperioden angehören. Die Prüfungskommission kann sich eine Geschäftsordnung geben. Die Vergütung der Mitglieder der Prüfungskommission hat durch die Regulierungsbehörde zu erfolgen. Für die Vergütung gilt § 270 Abs. 5 UGB sinngemäß. Die Regulierungsbehörde hat dem Österreichischen Rundfunk den von ihr entrichteten Vergütungsbedarf mit Bescheid vorzuschreiben.*

*(3) Die Prüfungskommission hat den Jahresabschluss einschließlich der Buchführung und den Lagebericht innerhalb von drei Monaten ab Vorlage zu prüfen. Für Gegenstand und Umfang der Prüfung gilt § 269 UGB sinngemäß. Ferner hat sich die Prüfung auch auf die Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Führung der Geschäfte sowie auf die Übereinstimmung der Rechnungsführung und der Führung der Geschäfte mit den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere mit § 8a, § 31c und §§ 39 bis 39b zu erstrecken. Zu diesem Zweck hat die Prüfungskommission auf Basis von Stichproben Einsicht in die gesamte Rechnungsführung des Österreichischen Rundfunks zu nehmen. Unbeschadet des § 2 Abs. 3 zweiter Satz umfasst die Prüfungsbefugnis auch die Kontrolle des Umfangs der Tätigkeiten von Tochtergesellschaften im Sinne dieser Bestimmung sowie die Einhaltung der Beschränkungen der §§ 8a und 31c Abs. 2 und 3.*

*(4) Die Regulierungsbehörde kann der Prüfungskommission jederzeit und auch abseits der Jahresprüfung spezifische Prüfungsaufträge erteilen.*

*(5) Sämtliche Organe und Bedienstete des Österreichischen Rundfunks haben den Mitgliedern der Prüfungskommission und der Regulierungsbehörde Einsicht in alle Unterlagen zu gewähren und alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Im Übrigen gilt § 272 UGB sinngemäß.*

*(6) Die §§ 273 und 274 UGB über den Prüfungsbericht und den Bestätigungsvermerk sind sinngemäß anzuwenden. Weiters hat der Bericht Aussagen über alle Feststellungen im Zusammenhang mit der Prüfung gemäß Abs. 3 dritter Satz enthalten. Ein Prüfungsbericht ist auch im Falle eigenständiger Prüfungen nach Abs. 4 zu erstellen. Der Prüfungsbericht ist dem Generaldirektor und dem Stiftungsrat zur Stellungnahme binnen vier Wochen und danach der Regulierungsbehörde mitsamt den abgegebenen Stellungnahmen vorzulegen. Die Prüfungsberichte sowie sämtliche einen*

*Gegenstand der Prüfung bildenden Unterlagen sind über einen Zeitraum von zumindest drei Finanzierungsperioden aufzubewahren und für allfällige nachprüfende Kontrollen bereitzuhalten.*

*(7) Die Mitglieder der Prüfungskommission trifft gegenüber der Regulierungsbehörde keine Verschwiegenheitspflicht. Die Mitglieder der Prüfungskommission haben der Regulierungsbehörde alle Auskünfte zu erteilen sowie Unterlagen vorzulegen, welche die Regulierungsbehörde zur Ausübung der ihr gesetzlich eingeräumten Zuständigkeiten benötigt. Die Regulierungsbehörde kann bei der Ausübung der ihr gesetzlich eingeräumten Prüfpflichten darüber hinaus Sachverständige heranziehen.*

#### **4.1. Zur Bestellung der Prüfungskommission**

Gemäß § 40 Abs. 1 und 2 ORF-G ist von der KommAustria für den ORF eine aus zumindest zwei Mitgliedern bestehende Prüfungskommission für die Dauer von fünf Geschäftsjahren zu bestellen.

Die Bestellung der Mitglieder erfolgte im Zuge eines Vergabeverfahrens nach dem BVergG 2006 auf Grundlage einer EU-weiten Ausschreibung im vierten Quartal 2010 und im ersten Quartal 2011. Als Bestbieter im Vergabeverfahren wurde am 08.03.2011 einer Bietergemeinschaft bestehend aus der BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft und der Grant Thornton Unitreu GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft gemäß § 134 BVergG 2006 der Zuschlag erteilt und diese beiden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gemäß § 40 Abs. 1 und 2 ORF-G zu Mitgliedern der Prüfungskommission bestellt. Die Zuschlagserteilung ist rechtskräftig.

#### **4.2. Zum Leistungsvertrag und zur Vergütung**

Die Aufgaben der Prüfungskommission ergeben sich aus dem ORF-G bzw. den entsprechenden Verweisen auf das Unternehmensgesetzbuch (UGB), DRGBI. 1897, S. 219 idF BGBl. I Nr. 35/2012.

Nach § 40 Abs. 1 iVm Abs. 3 ORF-G sind u.a. die Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Führung der Geschäfte sowie die Übereinstimmung der Rechnungsführung und der Führung der Geschäfte mit den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere mit § 8a, § 31c und §§ 39 bis 39b zu prüfen. Unbeschadet des § 2 Abs. 3 zweiter Satz umfasst die Prüfungsbefugnis auch die Kontrolle des Umfangs der Tätigkeiten von Tochtergesellschaften im Sinne dieser Bestimmung sowie die Einhaltung der Beschränkungen der §§ 8a und 31c Abs. 2 und 3. Ausgenommen sind nur jene Tochtergesellschaften und Unternehmen, die keinerlei Tätigkeiten wahrnehmen, die im öffentlich-rechtlichen Auftrag liegen.

Der von der KommAustria mit der Prüfungskommission abgeschlossene Leistungsvertrag umfasst demgemäß – soweit im vorliegenden Verfahren relevant – als Standardleistungsposition 3 die Durchführung der Gebarungskontrolle.

§ 40 Abs. 2 vorletzter Satz ORF-G verweist hinsichtlich der Vergütung der Prüfungskommission auf die sinngemäße Anwendung des § 270 Abs. 5 Unternehmensgesetzbuch (UGB), BGBl. I Nr. 120/2005. Dieser bestimmt, dass der „vom Gericht bestellte Abschlussprüfer [...] Anspruch auf Ersatz der notwendigen baren Auslagen und auf angemessene Entlohnung für seine Tätigkeit [hat].“

Das im Leistungsvertrag zwischen KommAustria und Prüfungskommission vereinbarte Entgelt für die einzelnen Leistungspositionen ist ein direktes Ergebnis des nach dem BVergG 2006 durchgeführten Vergabeverfahrens, in dem der – nunmehr die Prüfungskommission bildenden – Bietergemeinschaft als Bestbieterin der Zuschlag erteilt wurde. Es ist insoweit davon auszugehen, dass der solcherart ermittelte Vergütungsanspruch in Form von Pauschalpreisen als „angemessen“ im Sinne des § 270

Abs. 5 UGB anzusehen ist, zumal es sich um das technisch und wirtschaftlich günstigste Angebot im Vergabeverfahren gehandelt hat.

In diesem Sinne beinhaltet Punkt 5.4. des Leistungsvertrags vom 08.03.2011 eine Preisgleitungsklausel, die bei Über- oder Unterschreitung einer Schwankungsbreite von 5 % des Verbraucherpreisindex eine Anpassung der Pauschalpreise vorsieht. Für die Zeit nach Ende der Festpreisperiode (d.h. nach dem 07.02.2012) wurde folglich eine Preisanpassung dahingehend festgelegt, dass Schwankungen der Indexzahl (Verbraucherpreisindex 2005 bzw. der von Amts wegen an seine Stelle tretende Index) im Ausmaß von 5 % nach oben oder unten unberücksichtigt bleiben sollten, während bei Überschreiten dieser Schwankungsbreite nach oben oder unten eine Neuberechnung der Preise zu erfolgen hat. Hierbei bildet die erste außerhalb des jeweils geltenden Spielraumes gelegene Indexzahl die Grundlage sowohl für die Neufestsetzung der Beträge als auch zur Berechnung des neuen Spielraums.

Unter Zugrundelegung einer prognostizierten Überschreitung des Schwellenwertes des Leistungsvertrags im Juni 2013 erfolgte am 28.02.2013 eine Anpassung des Leistungsvertrags dahingehend, dass die Festpreise für die Standardleistungspositionen um 5 % erhöht wurden.

#### **4.3. Leistungen der Prüfungskommission und Entstehen des Vergütungsanspruchs**

Nach den vorliegenden Unterlagen hat die Prüfungskommission die Standardleistungsposition 3 hinsichtlich der oben unter 2.2. angeführten Leistungen der Gebarungskontrolle für das Jahr 2013 vollständig und vertragsgemäß erbracht. Mit diesen Leistungen ist die Standardleistungsposition 3 abgeschlossen; es ist daher der hierfür vereinbarte Vergütungsanspruch in Höhe von netto EUR XXX entstanden, der auch die erforderlichen Reisekosten beinhaltet, welche der BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft zur Durchführung der Prüfung des Auslandskorrespondentenbüros in Brüssel entstanden sind.

#### **4.4. Entrichtung des Vergütungsbedarfs**

Da die Leistungen der Prüfungskommission vertragsgemäß erbracht wurden, war der daraus entstandene Vergütungsbedarf in Höhe von insgesamt netto EUR XXX, zuzüglich 20 % Umsatzsteuer (USt) in Höhe von EUR XXX, somit brutto EUR XXX in zwei Teilbeträgen gemäß § 40 Abs. 2 Satz 7 ORF-G an die Mitglieder der Prüfungskommission zu entrichten.

Hierbei erfolgte einerseits eine Überweisung an die Grant Thornton Unitreu GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft in Höhe von brutto EUR XXX und andererseits eine Überweisung an die BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft in Höhe von brutto EUR XXX (inklusive erforderlicher Reisekosten zur Durchführung der Prüfung des Auslandskorrespondentenbüros in Brüssel in Höhe von netto EUR XXX, zuzüglich 20% Ust, sohin brutto EUR XXX). Dies geschah mit Überweisung vom 15.01.2015 durch die RTR-GmbH als nach § 17 Abs. 1 KOG eingerichtetem Geschäftsapparat im Auftrag der KommAustria.

#### **4.5. Vorschreibung des Vergütungsbedarfs an den ORF**

Gemäß § 40 Abs. 2 letzter Satz ORF-G ist der von der KommAustria entrichtete Vergütungsbedarf in der genannten Höhe dem ORF mit Bescheid vorzuschreiben. Dies erfolgt im ersten Spruchteil des vorliegenden Bescheids, wobei dem ORF die Überweisung des Vergütungsbedarfs auf ein Konto der RTR-GmbH aufgetragen wird. Nach § 59 Abs. 2 AVG ist in Leistungsbescheiden im Spruch zugleich eine angemessene Frist zur Leistung zu bestimmen. Die Frist zur Überweisung binnen zwei Wochen ist angemessen, zumal im

Verfahren keine Anhaltspunkte hervorgetreten sind, dass Gründe vorliegen könnten, die den ORF an einer rechtzeitigen Erfüllung dieses Auftrags hindern würden.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

### **III. Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Bescheid steht der/den Partei/en dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG beim Bundesverwaltungsgericht offen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Kommunikationsbehörde Austria einzubringen. Die Beschwerde hat den Bescheid gegen den sie sich richtet ebenso wie die belangte Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren sowie die Angaben zu enthalten, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde. Für die Beschwerde ist eine Gebühr in Höhe von EUR 30,- an das Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glückspiel (IBAN: AT830100000005504109, BIC: BUNDATWW, Verwendungszweck: „Bundesverwaltungsgericht“, Vermerk: „Name des Beschwerdeführers“) zu entrichten. Die Entrichtung der Gebühr ist im Zeitpunkt der Einbringung der Eingabe durch einen von einer Post-Geschäftsstelle oder einem Kreditinstitut bestätigten Zahlungsbeleg in Urschrift nachzuweisen.

Wien, am 29. Jänner 2015

**Kommunikationsbehörde Austria**  
Der Senatsvorsitzende:

Mag. Michael Ogris  
(Vorsitzender)

Zustellverfügung:

- **Österreichischer Rundfunk/Generaldirektor**, Würzburggasse 30, 1136 Wien, z.H. GD Dr. Alexander Wrabetz, per **RSb**

Zur Kenntnis in Kopie:

- **RTR-GmbH**, im Haus